



Nummer 33  
26. Oktober 2000  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)

D O K U M E N T A T I O N

# Schröders **Garantiekarte:** Versprochen – gebrochen

Die Bilanz  
nach zwei Jahren  
Rot-Grün

Dieser Dokumentation entspricht eine Broschüre der  
CDU-Bundesgeschäftsstelle, die unsere Argumente gegen Rot-Grün  
mit einer Anleihe beim Fußball verständlich macht.

**Titel: „Abpiff 2002 – Schröder und seine Mannschaft nach der 1. Halbzeit“**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König.  
Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: [ernst.neuper@cdu.de](mailto:ernst.neuper@cdu.de), Verlag: Union Betriebs  
GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd  
Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnements-  
preis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

**M**illionenfach hat die SPD im Bundestagswahlkampf 1998 eine "Garantiekarte" verteilt, auf der Schröder den Wählern neun konkrete Versprechen macht. "Bewahren Sie diese Karte auf," heißt es dort, "und Sie werden sehen, dass wir halten, was wir versprechen."

Wer diese Karte aufbewahrt hat, kann zwei Jahre nach Schröders Amtsantritt, also zur Mitte der Legislaturperiode, prüfen, was aus den Versprechen geworden ist:

### 1. Versprochen:

*"Mehr Arbeitsplätze durch eine konzertierte Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen."*

**Realität:** Während sich in unseren Nachbarländern der Aufschwung zunehmend auch am Arbeitsmarkt bemerkbar macht, herrscht in Deutschland Stagnation. Der rot-grünen Bundesregierung ist es bislang nicht gelungen, aus der Sackgasse in der Arbeitsmarktpolitik herauszufinden. Erfolge auf dem Arbeitsmarkt hat Schröder noch nicht zustande gebracht.

Wenn Minister Riester stolz verkündet, die Zahl der Arbeitslosen würde in diesem Jahr um rund 300.000 sinken, dann ist dies ausschließlich darauf zurückzuführen, dass mehr ältere Arbeitnehmer ausscheiden, als jüngere nachrücken. Mit der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik der Bundesregierung hat das nichts zu tun. Die prognostizierte Abnahme der Arbeitslosigkeit liegt gerade im demografischen Trend. Bei Berücksichtigung der Arbeitsmarktmaßnahmen ist sie sogar negativ.

Im April 2000 wurde zudem die Beschäftigungszahl, die die Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquoten ist, neu de-

finiert. Um die tatsächliche Entwicklung zu verschleiern, werden die Inhaber von Mini-Jobs nicht mehr als Arbeitslose, sondern als "sozialversicherungspflichtig Beschäftigte" gerechnet. Allein dadurch ist die Arbeitslosenquote rein rechnerisch um 0,4 Prozent gesunken. Das ist fast die Hälfte des von der Regierung gefeierten "Erfolgs" auf dem Arbeitsmarkt. Im Falle der rot-grünen Bundesregierung gilt tatsächlich der alte Spruch: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

Das rot-grüne Ziel von 3,5 Millionen Arbeitslosen bis 2002 wird durch die demografische Entwicklung selbst dann erreicht, wenn die Regierung überhaupt nichts tut. Schröders Leistung muss deswegen nicht am Sinken der Zahl der Arbeitslosen, sondern am Anstieg der Zahl der Beschäftigten gemessen werden. Aber hier rechnet selbst Schröder mit einer Stagnation. Den reinen Absichtserklärungen beim Bündnis für Arbeit müssen endlich Taten folgen.

### 2. Versprochen:

*"Ein Sofortprogramm. 100.000 Arbeitsplätze für Jugendliche und mehr Lehrstellen durch eine Ausbildungs-offensive 99."*

**Realität:** Entscheidender Maßstab kann nicht sein, wie viele Jugendliche vorübergehend mit einem jährlich 2 Milliarden DM teuren Programm in Trainings- und Motivationskursen beschäftigt werden, sondern wie viele junge Menschen einen festen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz durch das Sonderprogramm erhalten. Vom Januar bis Juni 2000 konnten von den 15.226 Teilnehmern am Sofortprogramm, die im Jahr 2000 die Maßnahmen begonnen und beendet haben, nur 1.842 auf dem regulären Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz finden und sogar nur 268 eine anerkannt-

te Berufsausbildung in einem Betrieb. Quantität ging von vornherein vor Qualität.

Die Presse berichtete von Fällen, in denen Jugendliche in großer Zahl zu "Pferdewirten" oder zu "Wassersportanimateuren" ausgebildet wurden, obwohl in den Arbeitsämtern von entsprechender Nachfrage nichts bekannt war. Mehr als 60.000 Jugendliche sind in Maßnahmen gesteckt worden, die nur wenige Wochen dauerten. Fast ein Drittel ist schon wieder arbeitslos, die übrigen befinden sich in Warteschleifen oder sind sonst wohin abgesprungen. Die besonders von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen ohne Schulabschluss bildeten von vornherein nur eine geringe Minderheit unter den Geförderten (16,8 Prozent).

Besonders negativ wirkt sich die Entlohnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Qualifizierungsanteil aus. Die Teilnehmer erhalten dort mehr als in normalen Ausbildungsstellen. Das ist kein Anreiz, eine ordentliche Lehrstelle anzunehmen, die allein eine berufsqualifizierende Ausbildung vermittelt und damit eine Perspektive für einen Dauerarbeitsplatz eröffnet. Auch der Ansatz, Ausbildungsplätze zu subventionieren, ist nicht viel versprechend, weil die große Gefahr von Mitnahmeeffekten besteht.

Die angekündigte Ausbildungsoffensive hat keinen grundlegenden Wandel zum Positiven für die Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, geschaffen. Ende August 2000 kamen in Deutschland 143.050 Bewerber auf 76.530 Lehrstellen, d.h. es gab einen Fehlbestand von 66.520 Lehrstellen. Besonders dramatisch ist die Situation in den neuen Bundesländern. Dort kamen auf 54.204 Bewerber nur 9.352 Lehrstellen. Dies ist angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und des aufkommenden Rechtsradikalismus völlig unzureichend.

### 3. Versprochen:

*"Aufbau Ost wird zur Chefsache und mit einem gebündelten Zukunftsprogramm vorangetrieben."*

**Realität:** Nach einem anfangs stürmischen Aufholprozess der neuen Bundesländer drifteten Ost und West wieder auseinander. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern stockt, der Abstand zu den alten Bundesländern wächst. Auch die zweiwöchige PR-Reise Schröders durch die neuen Länder kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Aufbau Ost für diese Bundesregierung keine Herzensangelegenheit ist. Worte und Taten klaffen bei dem Kanzler, der versprochen hatte, den Aufbau Ost zur Chefsache zu machen, weit auseinander: Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland entwickelt sich immer katastrophaler. Die Arbeitslosigkeit liegt über 17 Prozent und es besteht keine Perspektive auf Besserung im Jahre 2000.

Noch bedrückender ist jedoch die Jugendarbeitslosigkeit, weshalb immer mehr gerade auch gut ausgebildete junge Menschen die neuen Länder verlassen. Auf Grund der Bevölkerungsverluste verzeichnen die strukturschwachen Regionen hohe Wohnungsleerstände.

Der Osten ist deshalb weiterhin dringend auf eine stabile finanzielle Unterstützung angewiesen. Das Ziel ist eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern. Doch die Schröder-Regierung hat für den Haushalt 2000 insgesamt 2,75 Milliarden DM für den Aufbau Ost gestrichen. Und für nächstes Jahr droht eine ähnliche Größenordnung. Anstatt wirtschaftsnahe Infrastrukturmittel zu erhöhen, um die Baukonjunktur zu stützen und die Basis für private Investitionen zu verbessern, will die Bun-

desregierung in ihrem Haushaltsentwurf für 2001 allein zwei Milliarden DM in der Infrastrukturförderung streichen.

Die rot-grüne Bundesregierung hat den Ausbau der Verkehrswege in Ostdeutschland faktisch beendet. Lediglich einige überregionale – im wesentlichen schon begonnene – Projekte werden noch zu Ende geführt. Auch die Entscheidung gegen den Transrapid Hamburg – Berlin war nicht nur schädlich für den Technologie- und Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch die Aussicht auf viele neue Arbeitsplätze gerade in Ostdeutschland wurde zerstört, bereits vorhandene wurden vernichtet. Zur Förderung des ersten Arbeitsmarktes müssen eindeutige Prioritäten zugunsten des Straßen- und Schienenwegeausbaus sowie klare Akzente in der Wirtschaftsförderung gesetzt werden. Nur so entstehen neue Arbeitsplätze.

#### 4. Versprochen:

*"Deutschland als Ideenfabrik durch Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in 5 Jahren."*

**Realität:** Keine Spur von der Verdoppelung der Zukunftsinvestitionen – in der Bildungs- und Forschungspolitik der rot-grünen Bundesregierung kommt nichts voran.

3 Milliarden DM mehr pro Jahr wären nötig zur Einlösung des Wahlversprechens. Wenn die Regierung ihre Zusage einhalten wollte, dann müsste der Bildungs- und Forschungshaushalt nach zwei Jahren Rot-Grün schon 21 Milliarden DM betragen. Tatsächlich liegt er aber bei 15 Milliarden DM.

Inhaltlich kommt nichts voran. In der Bildungspolitik ist es bisher bei Ankündigungen geblieben: Die BAföG-Reform soll erst im

April 2001 in Kraft treten. Dann haben die Studierenden mehr als zwei Jahre auf echte Leistungsverbesserungen gewartet. Die Devise von Rot-Grün heißt ganz klar: Sparen durch Verzögern. Als Spardose dienen die deutschen Studenten. Auch die von der Bundesregierung angekündigte Verbesserung des Meister-BAföGs wird vertagt, denn die dafür notwendigen Mittel senkt der Bundeswirtschaftsminister im Jahr 2001 um 8 Millionen DM. Das Hochschulsonderprogramm III wird nicht fortgesetzt, sondern in viele unübersichtliche Einzelmaßnahmen zerschlagen.

Die bekannt gewordenen Pläne zur Reform des Dienstrechts für Hochschullehrer bringen nicht die angekündigten Leistungsanreize, sondern verringern die Attraktivität des Hochschullehrerberufs. Der "einfache" Professor soll sich mit einem Grundgehalt, das gerade einmal auf dem Niveau des Gehalts eines jungen Oberregierungsrates liegt, zunächst zufrieden geben. Mögliche Leistungszulagen sind viel zu niedrig angesetzt. So wird die Professorenschaft demotiviert, Qualifizierte werden von einer Hochschulauflaufbahn abgehalten.

Deutschland fehlen Ingenieure und Fachkräfte für die boomende Branche der Informationstechnologie. Gerhard Schröder reagiert mit Symptombekämpfung. Seine Green-Card ist Flickschusterei. Strategische Konzepte in der Bildungs- und Weiterbildungspolitik fehlen komplett.

In der Forschungspolitik klafft zwischen den Lippenbekenntnissen zur Bedeutung von Forschung und Technologie und konkreten Entscheidungen der Bundesregierung eine große Lücke. Es gibt keine neuen Ideen, keine Koordinierung und kein übergreifendes Konzept. Die Aufspaltung der Forschungspolitik zwischen dem Forschungs- und Wirtschaftsministerium hat Chaos gebracht.

Die Forschungsförderung wird stiefmütterlich behandelt, Ausgaben für Schlüsseltechnologien wie Produktionstechnik, physikalische und chemische Technologien, Weltraumforschung, Laserforschung, Mikrosystemtechnik oder Elektronik bleiben gleich oder steigen nur ganz minimal. Ganz zu schweigen von den Kürzungen bei der Energieforschung, der Luftfahrtforschung und der Industrieforschung im Haushalt des Wirtschaftsministers.

Rot-grüne Politik bleibt innovationsfeindlich, die Rahmenbedingungen für Innovationen werden immer weiter verschlechtert: Aus für die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin, Bremsfuß bei der Genehmigung des Forschungsreaktors Garching II, Moratorien und Anbauverbot für gentechnisch gezüchtete Pflanzen trotz positiven wissenschaftlichen Votums, Erhöhung der Patentgebühren, Diskussionen um eine Internetsteuer, Ausstieg aus der Kerntechnik. Das sind rot-grüne Hemmschwellen, mit denen die Entwicklung Deutschlands zum High-Tech-Land blockiert wird.

### 5. Versprochen:

*"Bekämpfung der Kriminalität und ihrer Ursachen, Verhinderung der Geldwäsche, Einzug illegaler Vermögen, Verhinderung illegaler Beschäftigung."*

**Realität:** Unter der Schröder-Regierung hat es 1999 mehr als 6,3 Millionen Straftaten gegeben (1990: 4,4 Millionen). Die Gewaltkriminalität (Körperverletzungen) ist gegenüber dem Vorjahr um 5,3 % gestiegen. Die Anzahl tatverdächtiger Jugendlicher erhöhte sich bei diesen Delikten um 7,4 %. Die Rauschgiftkriminalität ist insgesamt um 4,6 % gestiegen; die Rauschgiftdelikte wegen des Mis-

sbrauchs von Designer-Drogen, insbesondere Ecstasy, sogar um mehr als 35 %. Auch bei den Rauschgiftdelikten ist die Anzahl tatverdächtiger Jugendlicher mit einer Steigerung von 7,2 % besorgniserregend hoch.

Initiativen zum Einzug illegaler Vermögen und im Kampf gegen Geldwäsche blieben bei Schröder-Fehlanzeige. Das ist doppelt schlimm: denn gerade aus der steigenden Rauschgiftkriminalität, Schutzgelderpressung, Korruption, Prostitution und dem Menschenhandel werden illegale Vermögen gebildet.

Die Schröder-Regierung vereitelte einen verbesserten Opferschutz. So lehnte sie einen bereits im Dezember 1998 von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf ab, mit dem Telefonüberwachung in Fällen des Kindesmissbrauchs und der Verbreitung von Kinderpornographie ermöglicht werden sollte. Ebenso unbedacht ließ die Schröder-Regierung die für den Bereich der Organisierten Kriminalität besonders wichtige und von der CDU 1994 eingeführte Kronzeugenregelung auslaufen. Dabei weiß jeder, dass eine effektive Strafverfolgung aufgrund einer Abschottung im Bereich der Organisierten Kriminalität ohne die Gewinnung von Kronzeugen oft nicht möglich ist.

Sie ist vielmehr hinter die Standards zurückgefallen, die von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung durchgesetzt worden waren.

### 6. Versprochen:

*"Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik durch Aktionsprogramm 'Frau und Beruf' und eine eigenständige Alterssicherung."*

**Realität:** Geplant war ein neues Gleichstellungsgesetz für die Bundesverwaltung, das Pläne mit verbindlichen Vorgaben ent-

hält. Auch für die Privatwirtschaft wollte die Regierung gleichstellungsgesetzliche Regelungen und Instrumente erarbeiten, um Diskriminierungen von Frauen zu beseitigen und den Beschäftigungsanteil von Frauen in den Bereichen zu erhöhen, in denen sie unterrepräsentiert sind. An beide Vorhaben hat sich die Regierung bis heute nicht rangetraut.

Das Versprechen, die Rahmenbedingungen für Erziehungsgeld und -urlaub zu ändern, hat die Regierung zwar eingelöst, nur verbessert hat sich weniger als versprochen. Beim Erziehungsgeld gibt es jetzt eine Budgetierung: Der Begriff verschleiert, dass Rot-Grün den Rotstift bei den Eltern ansetzt: Wer zum Beispiel statt 24 Monate nur 12 Monate Erziehungsgeld bezieht, erhält monatlich 900 statt 600 DM. Eine Mutter, die bereits nach einem Jahr in den Beruf zurückkehrt, muss ein Minus von 3600 DM in Kauf nehmen. Problematisch sind auch die Einkommensgrenzen ab dem 7. Lebensmonat: Für Alleinerziehende mit einem Kind haben sie sich um 12 Prozent auf 26.400 DM, für verheiratete Eltern nur um 10 Prozent auf 32.200 DM erhöht; verheiratete Eltern werden damit schlechter gestellt als Alleinerziehende. Bei den Freibeträgen für jedes weitere Kind legte die Familienministerin zunächst die Latte hoch: 7000 DM sollten Eltern pro Jahr zur Verfügung stehen. Auf Druck des Finanzministers ist sie eingeknickt. Nun gibt es 4800 DM (2003 dann 6140 DM).

Die Versprechungen der Regierungsparteien, für Frauen eine eigenständige Alterssicherung einzuführen, wurden nicht eingehalten. Die geplante Rentenreform der rot-grünen Regierung geht vielmehr einseitig zu Lasten von Frauen und bringt keinerlei essentielle Verbesserung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen. Besonders von Altersarmut betroffen werden künftig Frauen sein, die sich in der Vergangenheit der Kin-

dererziehung gewidmet haben und nicht erwerbstätig waren. Da sie keine Förderung der privaten Vorsorge erhalten sollen, werden gerade diese Frauen massiv benachteiligt.

Die Absenkung des Rentenniveaus auf 61 Prozent wirkt sich insbesondere für Frauen verheerend aus. Maßstab für das Rentenniveau ist der sog. Eckrentner, der 45 Jahre in die Rentenversicherung Durchschnittsbeiträge eingezahlt hat. Bedingt durch die Zeiten der Kindererziehung weisen Frauen im Westen dagegen im Schnitt nur 25 Versicherungsjahre, im Osten 35 Versicherungsjahre auf. Insofern trifft die Niveauabsenkung sie besonders hart, da sie wesentlich niedrigere Rentenansprüche als Männer haben.

Sinkt das Rentenniveau, sinkt auch die Hinterbliebenenversorgung. Heute erhält eine Witwe 60 Prozent der Rente des Verstorbenen. Fällt das allgemeine Rentenniveau von heute 70 auf 61 Prozent, wirkt sich dies entsprechend auf das Niveau der Witwenrente aus. Frauen werden von den Plänen der Bundesregierung also doppelt betroffen. Das Einfrieren des Freibetrages und die vollständige Anrechnung eigener Einkommen untergräbt den Anreiz zur Eigenvorsorge und verstößt damit gegen das Leistungsprinzip in der Rentenversicherung.

## 7. Versprochen:

*"Mehr Steuergerechtigkeit durch Entlastung von Familien (mit zwei Kindern) um 2.500,00 DM pro Jahr, mehr Kindergeld."*

**Realität:** Die Kindergelderhöhung um 20 DM ist reine Augenwischerei. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern ist damit nicht geholfen. Sie gehen bei jeder Kindergelderhöhung ab dem dritten Kind leer aus. Das sind

immerhin 1,1 Millionen Familien. Sie sind Opfer nicht erfüllter Erwartungen, die die Regierung immer wieder geweckt hat.

Auch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hat die SPD-Regierung auf dem billigsten Weg zu Lasten vieler Familien umgesetzt. Der neue Betreuungsfreibetrag von 3.024 DM je Kind bis 16 Jahre bringt den meisten Eltern keine Einkommensteuersparnis. Nur wenn der Betreuungsfreibetrag zusammen mit dem Kinderfreibetrag von 6912 DM zu einer Steuerentlastung führt, die höher ist als das Kindergeld, wird er bei der Einkommensteuer berücksichtigt. Dies ist nur bei Eltern mit einem Kind ab einem Einkommen von 96.984 DM der Fall. Familien mit sehr hohem Einkommen können durch diesen Betreuungsfreibetrag bis zu 128 DM Steuern sparen. Die meisten Familien kommen nicht in den Genuss des Betreuungsfreibetrages, weil ihre Einkommen geringer sind.

Mit der Anhebung des Kindergeldes und der Senkung des Einkommensteuertarifs im unteren Bereich sollten die Familien mehr Geld im Portemonnaie haben. Doch auch in diesem Punkt wurden die Bürger getäuscht:

Was die Schröder-Regierung auf der einen Seite gibt, zieht sie den Familien auf der anderen Seite wieder aus der Tasche: Die stark gestiegenen Verbrauchssteuern machen den Familien, die mehr als andere konsumieren, immer mehr zu schaffen. Die Ökosteuer belastet eine Familie durch höhere Strom-, Heizungs- und Warmwasserkosten und steigende Preise für Benzin und den öffentlichen Nahverkehr um gut 300 DM. Die angesichts steigender Energiepreise und massiver Proteste von der Bundesregierung beschlossenen Nachbesserungsversuche bei der Ökosteuer sind sozial ungerecht und gehen am Kern des Problems vorbei. Es wird an Symptomen kuriert, anstatt die in dieser Form verunglückte Ökosteuer abzuschaffen.

## 8. Versprochen:

*"Bezahlbare Gesundheit durch Entlastung chronisch Kranker bei der Zuzahlung, Jugendliche erhalten wieder Zahnersatzleistungen."*

**Realität:** Entgegen aller Wahlkampfaussagen wurde auf Zuzahlungen keineswegs verzichtet. Sie wurden nur leicht abgesenkt. Allein damit wird aber den Krankenkassen jährlich rund 1 Milliarde DM entzogen. Auch die jüngst beschlossene Kürzung der Beiträge von Arbeitslosen führt zu Mindereinnahmen von 1,2 bis 1,5 Milliarden DM. Die Kürzung der Renten in 2000 verringert die Einnahmen der Krankenkassen um 600 Millionen DM. Gleichzeitig wurde der Leistungskatalog ausgeweitet, und wurden damit zusätzliche Ausgaben verursacht. Beispiele hierfür sind Soziotherapie, Förderung von Selbsthilfegruppen und Unterstützung von Patientenberatungsstellen. Die finanziellen Belastungen der gesetzlichen Krankenversicherung durch Mindereinnahmen und Leistungsausweitungen summieren sich alleine im Jahr 2000 auf 5,3 Milliarden DM und im Jahr 2001 auf 6,1 Milliarden DM.

Um dies zu kompensieren, wurden Ärzte und andere Leistungserbringer dazu verpflichtet, medizinische Leistungen nur noch in einem bestimmten Umfang (Budget) zu erbringen. Leistungskürzungen, Wartelisten und eine schlechtere medizinische Versorgung sind die Folge. Bereits Ende 1999 mussten die Patienten dies schmerzlich erfahren, als die Budgets für Arzneimittel ausgeschöpft waren. Auch gegen Ende dieses Jahres werden die Patienten wieder von ihrem Arzt hören, dass das Budget aufgebraucht ist.

Eine solche Politik ist nicht sozial, denn sie geht zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft, die sich Gesundheitsleistungen

nicht anderweitig beschaffen können. Diese Politik führt zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Im Mittelpunkt der rot-grünen Gesundheitspolitik stehen nicht mehr die Patienten und deren medizinischer Bedarf, sondern die finanzielle Lage der Krankenkassen.

## 9. Versprochen:

*"Mehr soziale Gerechtigkeit.  
Kohls Fehler korrigieren bei Renten,  
Kündigungsschutz und Lohnfort-  
zahlung im Krankheitsfall."*

**Realität:** Die SPD hat diese Reform während des Bundestagswahlkampfes immer wieder als "sozialpolitischen Kahlschlag" bezeichnet und versprochen, sie werde diese "unsozialen Einschnitte" wieder rückgängig machen. Noch im Februar 1999 hat Bundeskanzler Schröder erklärt, die Renten werden nicht von der Nettolohnentwicklung abgekoppelt. Wenige Monate später brach er sein Wort und beschränkte die Rentenerhöhungen in den Jahren 2000 und 2001 auf einen reinen Inflationsausgleich. Die Wähler wurden getäuscht, und eine vernünftige und maßvolle Reform wurde durch willkürliche Eingriffe in das Rentensystem ersetzt. Während die Inflation im August 2000 bereits 1,8 Prozent beträgt, erhalten die Rentner seit dem 1. Juli 2000 lediglich 0,6 Prozent mehr Rente. Statt soziale Gerechtigkeit Betrug am Wähler.

Die Schröder-Regierung steht jetzt vor dem Dilemma, wie die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung langfristig, das heißt bis

zum Jahr 2030, gesichert werden kann. Während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits am 6. Juni dieses Jahres ihr Rentenkonzept verabschiedet hat, hat die Bundesregierung seit Anfang des Jahres immer neue Vorschläge vorgelegt. Inzwischen liegt der "Diskussionsentwurf" vor, der jedoch in vielen Punkten für die Union nicht akzeptabel ist.

Ein wichtiges Anliegen für die CDU ist die Förderung der privaten Altersvorsorge für Familien und Geringverdiener. Nach wie vor ist der Vorschlag der SPD in diesem Punkt völlig unzureichend. So soll die Kinderkomponente im ersten Jahr lediglich 3,75 DM pro Kind und Monat betragen, die Grundzulage für Ledige gerade einmal 3,13 DM. Die Union dagegen fordert einen direkten Zuschuss von 30 DM pro Kind und Monat. Das wäre sozial gerecht.

Der zunächst auf Druck der Union geplante Übergang zur nachgelagerten Besteuerung wurde von der Bundesregierung zurückgezogen. Es steht zu befürchten, dass die Pläne zur Rentenbesteuerung zu einer weiteren Senkung des Rentenniveaus führen und womöglich erst nach den nächsten Wahlen öffentlich gemacht werden sollen. Die CDU ist nach wie vor bereit, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens an einer sachgerechten Lösung einer zukunftsorientierten Alterssicherung mitzuwirken. Um einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, werden wir parallel dazu in einen intensiven Dialog mit den Sozialpartnern, Sozialverbänden, Rentenversicherungsträgern und den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen eintreten.

**Schröder hat den Wählerinnen und Wählern vor der Bundestagswahl eine Menge versprochen. Viele Menschen haben ihm geglaubt und ihm ihre Stimme gegeben. Nach zwei Jahren Schröder-Regierung müssen wir feststellen, dass von den Versprechungen bisher kaum etwas umgesetzt worden ist. Schröder hat viel versprochen und wenig gehalten.**